

Offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten unseres Mitinitiators Jörg Schülke:

Steuerpläne der Regierung aus dem Koalitionsvertrag

Sehr geehrte Frau /Herr ...,

nach den bekannten Zeitplänen wird das Kabinett Ende November 2002 über ihre Steuerpläne zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Schaffung von Wachstumsimpulsen entscheiden. Zugegebenermaßen gibt es heute lediglich Pläne und eine breite, mehr oder weniger sachkundige, fast durchweg widersprüchliche Diskussion über das Für und Wider und über das Wie. Nimmt man aber alles zusammen, so scheinen doch die wesentlichen Eckpunkte festzustehen. Neben all den vielen Einzelmaßnahmen, für die die Regierung sehr vordergründig nicht das objektiv richtige Wort „Steuer- und Abgabenerhöhung“, sondern die Begriffe der „Schließung von Schlupflöchern“ und „Verbreiterung der Besteuerungsgrundlage“ verwendet, ist für mich die geplante Besteuerung von Gewinnen aus Verkäufen von Aktien- und Immobilien, die zum großen Teil für die private Alterssicherung angeschafft worden sind, diejenige Komponente des Steuer-Konzeptes, die kurz- und langfristig den größten Schaden für Deutschland anrichten wird. Dass die Besteuerung sogar rückwirkend geplant ist, kann nur als Skandal und als schwerster Vertrauensbruch bewertet werden.

Gestützt auf meine Erfahrungen als selbständiger Unternehmensberater für die Automobil-Industrie und eine über 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit in der Politik, habe ich mir erlaubt, die Wirkungen dieses steuerlichen Ansatzes in einer beiliegenden Kurz-Analyse unter den wichtigsten mikro- und makroökonomischen Aspekten zu beleuchten und mir Gedanken gemacht, wie man eine grundlegende Verbesserung der Wirtschaft in Deutschland erreichen könnte. In aller Bescheidenheit fühle ich mich dabei bestätigt durch den gesamten wirtschaftlichen Sachverstand in Deutschland einerseits und die immer dramatischer werdenden Meldungen aus Wirtschaft und Instituten, über Branchenschwierigkeiten und das Verbraucherverhalten andererseits. Es scheint immer mehr sicher zu sein, dass die deutsche Wirtschaft in die schwerste Krise seit Ende des Krieges hineinrauscht, und die Gefahr einer Deflation dramatisch zunimmt. Der Blick auf Japan zeigt die verheerenden Auswirkungen einer Mischung aus Deflation und inkompetenten Regierungen. Das Steuer- und Abgaben-Programm der Regierung ist nicht nur die falsche Antwort auf die Herausforderungen, sondern beschleunigt den Prozess des Abschwungs und der Vernichtung von wirtschaftlichen Ressourcen noch erheblich.

-2-

-2-

Wie Sie aus der beiliegenden Ausarbeitung über die Wirkungen der Steuer- und Abgaben-Pläne der Regierung erkennen, liegt der Schwerpunkt meiner Kritik auf den Auswirkungen, die die geplante Besteuerung von Aktien- und Immobilienverkäufen auf den Großteil der ca. 3,3 Millionen Selbständige in unserem Land hat.

Als 57-jähriger selbständiger Unternehmensberater mit 2 schulpflichtigen Kindern, der sich nach extremer Arbeitsbelastung in den letzten 20 Jahren gerade in den, wie ich glaube, wohlverdienten aber auch ärztlich angeratenen Ruhestand begeben hat, werde ich von diesen Steuerplänen derartig gravierend getroffen, dass ich mir trotz einer sehr sinnvollen

Alterssicherung aus Aktien, Immobilien und Lebensversicherungen und eines erheblich reduzierten Lebensstandards jetzt mit einem Taschenrechner ausrechnen kann, wann es für meine Familie und mich nicht mehr reichen wird.

Es ist doch klar, dass ich mich bei der langfristig orientierten Gestaltung und Dimensionierung meiner privaten Alterssicherung darauf verlassen habe, dass der Staat richtigerweise die private Altersvorsorge rückhaltlos unterstützt, dass er sich verfassungs- und gesetzestreu verhält und dass er mir Vertrauensschutz vor Gesetzen mit Rückwirkung gewährt. Wie es aussieht, habe ich mich –und mit mir Millionen von Mitbürger- gründlich geirrt.

Ich gehe davon aus, dass Sie als Mitglied des Deutschen Bundestages viele Briefe von Bürgern und Verbänden bekommen, und ich bilde mir nicht ein, dass ausgerechnet mein Brief besonders starken Eindruck auf die Abgeordneten des Deutschen Bundestages macht, der sich ja bekanntlich zum größten Teil aus Beamten und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes rekrutiert und in der Mehrzahl aus Abgeordneten besteht, die sich keine Sorgen um die Altersabsicherung machen müssen.

Natürlich würde ich mich freuen, wenn ich Sie mit meinen Argumenten überzeugt hätte. Ich wäre aber auch schon zufrieden, und das würde ich auch von Ihnen als frei gewählter, nur seinem Gewissen verpflichteter Abgeordneter erwarten, wenn ich Sie mit meinem Brief dazu motivieren könnte, sich vor Ihrer Entscheidung noch umfassender und sorgfältiger über die Risiken der Steuerpläne zu informieren. Sie haben doch die Zugriffsmöglichkeiten auf den wirtschaftspolitischen Sachverstand dieses Landes, auf alle möglichen Experten, Sie können sich vor Ort in den Betrieben aus erster Hand informieren. Auch ich selbst würde für ein Gespräch jeder Zeit zur Verfügung stehen, zumal ich mir einbilde, aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit in der freien Wirtschaft den einen oder anderen vernünftigen Gedanken beitragen zu können.

Fassen Sie es bitte nicht als Drohung auf, was ich jetzt sage: Sollten die Steuerpläne in der jetzt diskutierten Form wirklich Gesetz werden, dann würde ich gegenüber diesem Land, für das ich mich stets eingesetzt habe und dem ich niemals zur Last gefallen bin, meine innere Kündigung aussprechen, dann wäre dies nicht mehr mein Land. Ich bin mir sicher, dass ich nicht der einzige sein werde, der für sich diese gravierende Entscheidung treffen würde.

Dass es dazu nicht kommt, ist meine ganze Hoffnung, und deswegen habe ich diesen Brief an Sie geschrieben.

Mit freundlichen Grüßen

Auswirkungen der rot-grünen Steuer-Politik

(speziell der Besteuerung von Gewinnen aus Aktien- und Immobilien-Verkäufen)

Die geplante Besteuerung von Gewinnen aus Aktien- und Immobilien-Verkäufen („Spekulationsgewinne“) und andere Steuer- und Abgabengesetze haben u.a. folgende gravierende **Negativ-Auswirkungen**

Auswirkungen für Selbständige und Bürger, die nicht in der Rentenversicherung versichert sind)

- Gravierende Reduzierung des für die Alterssicherung zurückgestellten Aktien- und Immobilien-Vermögens beim Verkauf, um im Alter leben und familiären Verpflichtungen nachkommen zu können. Größenordnungsmäßig bedeuten die betreffenden Gesetze in ihren Auswirkungen unter grenzsteuerlichen Betrachtung nahezu eine Halbierung des für das Alter geschaffenen Vermögens. In vielen Fällen führen Verkäufe von Immobilien, die nach 1995 unter Nutzung von Fremdmitteln angeschafft worden sind, sogar zum Total-Verlust. Zudem resultieren die sogenannten Gewinne gerade bei längerfristigen Engagements vielfach aus der reinen Inflation. In diesen Fällen wird also auf die Inflation Steuer erhoben (leider kein neues Prinzip).
- Besonders problematisch ist der Plan, diese Besteuerung rückwirkend für Aktien und Immobilien anzuwenden, die schon vor Jahren für die Alterssicherung beschafft worden sind. Dies bedeutet einen glatten Vertrauensbruch, denn diese Bürger haben sich bei der Ausgestaltung ihrer Alterssicherung auf die Gültigkeit der entsprechenden Gesetze verlassen.
- Bitter wird es für die bereits im Ruhestand befindlichen Selbständigen werden, die auf die Steuerfreiheit von Aktien- und Immobilienverkäufen vertraut haben, die schon die rückwirkende Verlängerung der Spekulations-Frist auf 2 bzw. 10 Jahre haben hinnehmen müssen, und die auf die Steueränderungen durch eine veränderte Lebensplanung nicht mehr reagieren können.
- Dass Eichel jetzt sogar über die Steuerfreiheit von Lebensversicherungen mit Laufzeiten über 12 Jahre nachdenkt und sie möglicherweise aufheben will, macht die Lage nur noch schlimmer.
- Wie man hört, wollen die von der SPD geführten Bundesländer im Mai 2003 eine Gesetzes-Initiative im Bundesrat mit dem Ziel einbringen, die Vermögenssteuer wieder in Kraft zu setzen und die Erbschaftssteuern deutlich zu erhöhen. Sollte dies Gesetz werden, ist die Altersversorgung der Selbständigen noch mehr in Gefahr.
- Menschen, die vorhaben, sich selbständig zu machen und damit Arbeitsplätze zu schaffen, finden nach den Steuer-Plänen von Rot-Grün keine geeignete Form der Altersvorsorge mehr. Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der „Neu-Selbständigen“ und Mittelständler mit gravierenden negativen Auswirkungen auf den Ausbildungs- und Stellenmarkt sowie auf die Steuerbilanz, dramatisch reduzieren wird.

-2-
-2-

- Die jetzigen Selbständigen werden erkennen, dass es sich nach der ohne Sachverstand durchgeführten Verteilung von oben nach unten nicht mehr lohnt, mit ihrer Selbständigkeit erhebliche persönliche Risiken für sich in Kauf zu nehmen, da sie sich auf die Gesetzestreue des Staates nicht mehr verlassen können, zukünftig doppelt und dreifach Steuern zahlen müssen, für ihr Engagement bestraft werden und sich nicht mehr für das Alter absichern können.
- Dass die geplante Besteuerung von Gewinnen aus Verkäufen von Aktien- und Immobilien, die zur Alterssicherung beschafft worden sind, als das „Stopfen von Steuerlöchern“ bezeichnet wird, kann man nur als völlig abwegig bezeichnen. Es handelt

sich nicht um die Nutzung eines Steuerlochs oder einer Spekulation, sondern um die Ausgestaltung einer vernünftigen privaten Alterssicherung.

Auswirkungen auf den privaten Wohnungsbau

- Es wird sich zukünftig noch weniger lohnen, in den privaten Wohnungsbau zu investieren. Selbst unter dem alten Recht haben sich Immobilien zur Vermietung kaum mehr gerechnet. Es ist demnach zu befürchten, dass der Immobilien-Markt in Deutschland mit Negativauswirkungen auf die Bauwirtschaft und das Angebot von mietbarem Wohnraum regelrecht zusammenbrechen wird. Verstärkt wird dieser Effekt noch durch die veränderten Kredit-Bedingungen der Banken, die aus den Spekulations-Steuer-Plänen resultieren.

Auswirkungen auf die Steuer-Moral und die Motivation der Leistungsträger

- Es ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit davon auszugehen, dass mit Einführung der rot-grünen Steuergesetze eine massive Steuerflucht einsetzen wird. Nicht wenige der nicht mehr im aktiven Erwerbsprozess befindlichen betroffenen Personen werden ihren Wohnsitz in das steuergünstigere Ausland verlagern.
- Das Unrechtsbewußtsein bezüglich Steuerhinterziehung wird sich deutlich abschwächen; immer mehr Menschen werden Steuerhinterziehung als einen Akt der Selbsterhaltung verstehen; das Bankgeheimnis aufzuheben, wird auch von den Steuerehrlichsten als Provokation empfunden werden.
- Die Steuergesetze werden von den meisten betroffenen Personen als kalte Enteignung, als Vertrauensbruch des Staates und als zutiefst ungerecht empfinden. Es liegt auf der Hand, dass die Motivation der sogenannten „Breiten Schultern“ mehr oder weniger auf den Null-Punkt sinken wird.

-3-

-3-

Auswirkungen auf die Wirtschaft

- Der Wirtschaft wird der wichtigste Weg, Risikokapital in Form von Aktien für sich zu gewinnen, weitgehend verschlossen, weil es sich für die meisten Bürger bzw. Sparer einfach nicht mehr rechnet, Aktien mit allen in ihnen steckenden Risiken zu erwerben. Dies ist auch im Hinblick auf Basel II und die traditionell schwache Eigenkapitalausstattung des deutschen Mittelstandes besonders tragisch. Der Aktienkultur in Deutschland geben die rot-grünen Steuerpläne den finalen Todesstoß.

- Die durch die Steuer-Gesetze den Bürgern genommene private Kaufkraft (in 2003 mindestens € 7 Mrd.) wirkt sich unmittelbar auf den Konsum aus. Einzelhandel und Handwerk werden nach dem Katastrophenjahr 2002 weitere Jahre mit deutlichen Umsatzverlusten hinnehmen müssen. Das wirkt sich natürlich äußerst negativ auf die Steuerkraft und die Fähigkeit der Betriebe aus, Arbeitsplätze zu erhalten oder gar zu schaffen.
- Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Steuer- und Abgabenerhöhungen sich sehr schnell in höhere Lohnforderungen, spätestens mittelfristig auf die Stückkosten und (falls die höheren Kosten an die Verbraucher weitergegeben werden können) auf die Inflationsraten niederschlagen werden.
- Die 6 Wirtschaftsweisen haben in ihrem letzten Gutachten ungewöhnlich deutlich auf die Schäden der rot-grünen Steuer-Pläne hingewiesen und vor der Gefahr von irreparablen Schäden gewarnt. Fast der gesamte wirtschaftliche Sachverstand in Deutschland ist gegen die Steuer-Pläne, wenn man mal von der Verwerfung der Körperschaftssteuer absieht.

Auswirkungen auf den Normalbürger („Familie Mustermann“)

- Die vollkommen richtigen Appelle an die Arbeitnehmer, sich für das Alter zusätzlich auch privat zu versichern, werden durch die rot-grünen Steuer-Pläne ad absurdum geführt. Selbst Aktien-Sparpläne für den Normalbürger und die Riester-Rente fallen unter die Neuregelungen.
- Hunderttausende von Belegschafts-Aktionäre, die ihre Aktien überwiegend schon lange Zeit halten, werden zur Kasse gebeten.
- In der Bildzeitung (Ausgabe 24.10.02) wurde berechnet, dass die rot-grünen Steuer- und Abgabenerhöhungen im Jahr 2003 bei der „Familie Mustermann“ zu monatlichen Mehrbelastungen von mindestens € 207,50 führen werden. Darin sind die sogenannten Spekulationssteuern und die Erhöhung der Bemessungsgrenze noch nicht einmal enthalten.
- Von der Erhöhung der Steuer-Pauschale von über 50% für die private Nutzung von Geschäftswagen denkt Rot-Grün nicht an die vielen Monteure und Mitarbeiter im Außendienst, die nicht in gepanzerten Luxus-Karosserien herumfahren, sondern oft in einem Kombi, auf dem auch noch das Firmenlogo aufgedruckt ist.

-4-

-4-

- Die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Rentenerhöhung zwingt Besserverdienende in die Rentenversicherung, obwohl klar ist, dass diese „Neumitglieder“ ihre Beiträge im Alter nicht wieder herausbekommen. Was rät die Bundesregierung diesen „Neumitgliedern“ im Hinblick auf die dringend erforderliche zusätzliche private Alterssicherung?
- Die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherung führt bei den privaten Krankenversicherungen zu Beitragserhöhungen von bis zu 30%, da das

Neugeschäft dieser Versicherungen einzubrechen droht, und sich die Altersstruktur bei den privaten Versicherungsgesellschaften wesentlich verschlechtert.

Auswirkungen auf die Steuer-Systematik

- Veräußerungsgewinne aus Aktiengeschäften resultieren in der Regel aus der Thesaurierung von Unternehmensgewinnen. Da diese aber bereits von den Unternehmen versteuert wurden, liegt eine glatte Doppelbesteuerung vor.
- Während Veräußerungsgewinne von juristischen Personen steuerfrei sind, sollen Veräußerungsgewinne von natürlichen Personen steuerpflichtig werden. Diese Ungleichbehandlung kollidiert mit Artikel 3 des GG.
- Es ist sicherlich nicht schwierig zu prognostizieren, dass viele der Betroffenen gegen wesentliche Bestandteile der Steuergesetze klagen werden.

Die Steuergesetze richten nach dem gesamten wirtschaftlichen Fachverstand in Deutschland nicht nur im Mittelstand, sondern auch in der Gesamt-Wirtschaft gewaltige Schäden an, und es steht zu befürchten, dass diese Schäden kaum mehr zu korrigieren sein werden. Fachleute befürchten immer mehr, dass die deutsche Wirtschaft kollabiert, und Deutschland in eine Deflation nach japanischem Vorbild hineinrutscht.

Den über die rot-grünen Steuergesetze erhofften zusätzlichen Steueraufkommen (rund 11 Mrd. Euro) stehen Steuerverluste aus den Schäden in der Wirtschaft, dem massiven Vertrauensverlust und der schwer geschädigten Motivation der sogenannten Breiten Schultern in vielfacher Größenordnung (ich schätze mindestens Faktor 3) gegenüber.

Was müßte stattdessen getan werden, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, und damit Arbeitsplätze zu schaffen

(Merke: 500.000 Arbeitslose weniger bringen 10 Mrd. € mehr in die Kassen bzw. entlasten Staat und Sozialsysteme)

- Umfassende Deregulierung des Arbeitsmarktes, Einführung eines Niedriglohnsektors, Lockerung des Kündigungsschutzes
- Vergrößerung des Abstandes zwischen Arbeitsentgelt und Sozialhilfe)
- Grundsätzlich Neuordnung der Sozialhilfe (Sozialhilfe nur für die wirklich Bedürftigen)

-5-

-5-

- Ausweitung des 450-Euro-Gesetzes auf alle Erwerbsbereiche; Aufgabe des Schein-Selbständigen-Gesetzes
- Stärkung der Betriebsräte zu Lasten der Gewerkschaften im Hinblick auf direkte Vereinbarungen mit den Unternehmensleitungen
- Mehr Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen (Aktien)

- Einführung einer gesetzlichen Grundsicherung plus einer privaten Zusatzversorgung im Gesundheitswesen
- Zumindest teilweise Abkoppelung der Finanzierung der Sozialsysteme vom Faktor Arbeit, Teilfinanzierung aus Steuermitteln (zur Reduzierung der extrem hohen Lohnnebenkosten)
- Motivation und Unterstützung der Menschen, die sich selbständig machen (wir müssen ein Volk von Selbständigen werden, wie es bei unseren Nachbarländern der Fall ist)
- Deutliche Senkung der Steuern für den Mittelstand und die Arbeitnehmer (sinkende Steuersätze führen in der Regel zu Mehreinnahmen des Staates und sind daher, wenn man es geschickt und sie in ein Gesamt-Konzept integriert, selbstfinanzierend)
- Umfassende Entrümpelung der Steuergesetze; Einführung von max. 3 Steuerstufen
- Rückgewinnung des Vertrauens von Wirtschaft und der Verbrauchern; die staatliche Politik muß mehr Sicherheit und Verlässlichkeit vermitteln (wir stecken in einer verheerenden Vertrauenskrise)
- Grundlegende Verbesserung der Aus- und Weiterbildung
- Betreiben einer aktiven Standort-Politik, um das Abwandern der produzierenden Industrie ins Ausland zu stoppen und um auch mehr ausländische Investoren nach Deutschland zu bringen.
- Abbau der immensen Erhaltungs-Subventionen (z.B. im Bergbau)
- Verbesserung der Gemeindefinanzen zur Erhöhung der Investionskraft
- Abbau der immensen Verschwendungen der Öffentlichen Hand (nur 20% weniger Verschwendung öffentlicher Gelder würde dem Staat 6 Mrd. € sparen)
- Mehr Marktwirtschaft und weniger Bürokratismus in den wichtigsten Problemfeldern (Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Bauwirtschaft) realisieren; gleichzeitig Rückzug des Staates auf seine ursprünglichen Funktionen (wir brauchen einen kleinen starken Staat, und nicht einen großen schwachen Staat)
- Stärkere (Rück-)Delegation von Verantwortung auf den einzelnen Bürger

Donauwörth, 28. 10. 2002

Jörg Schülke